

Aufgaben der Finanzpolitik heute und morgen

Einer, wie ich meine, guten angelsächsischen Tradition folgend, habe ich Ihre Einladung zu diesem Vortrag auf akademischem Boden gerne angenommen. Es kommt nicht von ungefähr, daß zum Beispiel in den USA große, historische Ereignisse - ich denke hier an den Marshall-Plan - vor Studenten angekündigt wurden. Ich bin nämlich der Ansicht, daß die intellektuellen Bemühungen mit den real sich stellenden Hindernissen und Problemen ebenso konfrontiert werden sollen, wie die politische Führung und Verantwortung immer wieder der intellektuellen Herausforderung ausgesetzt werden muß.

"Die Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre hat eine Schlappe erlitten", stellt der deutsche Sachverständigenrat in seinem letzten Jahresgutachten deutlich fest. Gemeint ist damit wohl vor allem, daß die zahlreichen Konjunkturankurbelungs- und stimulierungsprogramme nicht die gewünschte Wirkung hinsichtlich Wachstumsbeschleunigung und Abbau der Arbeitslosigkeit erzielt haben.

Und in der Tat scheint es so:

Die durchschnittlichen Wachstumsraten des realen Bruttonationalprodukts haben sich in den 4 Jahren seit der Erdölpreiserhöhung gegenüber derjenigen des Zeitraums 1960 - 1973 in den europäischen Industriestaaten beinahe auf ein Drittel reduziert, die Arbeitslosenraten hingegen beinahe verdoppelt und die Verbraucherpreise fast verdreifacht.

Dazu kann man verschiedene Meinungen dahingehend zusammenfassen, daß die Wirtschaftsprogramme zu spät eingesetzt hätten, zu früh abgebrochen worden wären und darüber hinaus zu kleinlich dimensioniert gewesen seien; vielleicht waren diese Programme auch zu global und nicht selektiv genug und außerdem für Bereiche , konzipiert, in welchen sie keine Wirkung haben konnten. Andererseits muß man fragen, wie sich die Rezession ausgewirkt hätte, hätte es keine Ankurbelungsprogramme gegeben.

In all unseren Betrachtungen dürfen wir dabei nicht übersehen, daß die seit dem 2. Weltkrieg stark gestiegene Verflechtung der Wirtschaftsräume Konjunkturprogramme nationaler Volkswirtschaften in immer geringerem Ausmaß Wirkungen bei den restlichen Staaten zeigen; Anders ausgedrückt: Die zunehmende weltweite Interdependenz erfordert gerade eine stärkere internationale Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet. Es ist ja auch in diesem Sinne, daß die OECD in ihrer letzten Ministerratssitzung vergangene Woche von der "Lokomotivtheorie" der Wirtschaftsankurbelung Abstand genommen und statt dessen eine internationale, konzertierte Aktion beschlossen hat.

Durch eine, auch nur oberflächliche Analyse der Größenordnungen der westlichen Industriestaaten wird diese Vorgangsweise untermauert.

Die Bundesrepublik Deutschland und Japan, die mit der Lokomotivtheorie angesprochen waren, vereinigten im Jahr 1977 knapp 25 % der Wirtschaftskraft der westlichen Staaten. Selbst wenn es aber gelingt, eine Initialzündung in einem Land zu erreichen, bleiben Zweifel, ob dessen Wirkungen ausreichen, einen konjunkturanregenden Effekt in anderen Ländern zu erzielen. Modellrechnungen, wie sie beispielsweise von der New Yorker Citybank oder vom US-Finanzministerium durchgeführt worden sind, zeigen, daß sich durch eine zusätzliche reale Steigerung des deutschen Bruttosozialprodukts um 1 Prozentpunkt ein Wachstumseffekt von nur 0,15 % in Italien, 0,07 % in Frankreich und 0,05 % in Großbritannien ergibt.

Wenn also schon von einem Land oder 2 Ländern nicht der erwünschte oder erhoffte Ankurbelungseffekt ausgehen kann, so steht aber auch fest, daß den großen Industriestaaten, die sich Mitte Juli in Bonn zum Weltwirtschaftsgipfel treffen, gerade wegen ihrer Größe eine besondere Verpflichtung auferlegt ist.

Meine Damen und Herren!

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben die Grenzen der globalen Nachfragesteuerung aufgezeigt, lassen die These von der "unbegrenzten Machbarkeit der Konjunktur" als Illusion erscheinen.

Es hieße aber, das Kind mit dem Bade auszuschütten, will man nun die Nützlichkeit und Wirksamkeit der budgetären Konjunkturbeeinflussung überhaupt in Frage stellen, so wie dies in einer Erklärung des "Schattenkomitees für Europäische Wirtschaftspolitik" vergangenes Jahr geschehen ist. In dieser monetaristischen Abfassung wird über die "richtige Wirtschaftspolitik zur Überwindung von Inflation und Arbeitslosigkeit" folgendes dargelegt:

Die Regierungen sollten den Staatsanteil senken, möglichst ausgeglichene Haushalte herstellen und die verkündeten Geldmengenziele bei völligem Verzicht auf Nachfragesteuerungsmaßnahmen konsequent verfolgen.

Eine oft zu starke Orientierung an diesen Vorstellungen hat jedoch nicht unwesentlich zur Tiefe des Konjunkturreinbruchs Mitte des Jahrzehns beigetragen. Der Deflationseffekt der Anhebung der Ölpreise wurde durch nationalstaatliches Handeln bzw. Unterlassen verstärkt.

So stellen Eduard Fried und Charles Schultze in einem von der Brookings Institution veröffentlichten Artikel über die Auswirkungen der Ölpreiserhöhung auf die Weltwirtschaft fest:

"Es ist nicht überraschend, daß die Wirtschaftspolitiker in allen Industrieländern den potentiellen rezessiven Konsequenzen der OPEC-Aktion nur minimale Aufmerksamkeit widmeten."

Natürlich besteht ein Zusammenhang zwischen Geldmenge und Preisniveau. Die Frage ist aber, ob "Geld das Einzige ist, was von Bedeutung ist."

Der Monetarismus bietet eine eindimensionale und damit scheinbar bequeme Lösung an. Eindimensional, weil als einzige Variable, die von der Politik beeinflußt werden soll, die Geldmenge angesehen wird und die vielfältigen wirtschaftlicher und politischen Gegebenheiten sowie deren Wechselwirkungen außer Acht gelassen werden. Bequem, weil der Markt alles übrige von selbst regelt.

In einer Diskussion mit Milton Friedman stellte der amerikanische Ökonom Walter W. HELLER die Frage, die das Dilemma von simplen und eindimensionalen Lösungen aufzeigt: "Soll sich der flexible Mensch starren Regeln unterwerfen?"

Meine Damen und Herren!

Den Möglichkeiten der Nachfragesteuerung durch die öffentliche Hand sind in einem föderativen Bundesstaat Grenzen gesetzt.

Eine über die Jahre 1960 - 1974 durchgeführte Untersuchung des öffentlichen Sektors zeigt, daß, entgegen dem Popitz'schen Gesetz, nicht

nur keine Zentralisierungstendenz festzustellen war, sondern im Gegenteil ein starker Dezentralisierungsprozeß eingetreten ist.

Die Zunahme der Steuerquote in dieser Zeit ist schwerpunktmäßig den Einnahmen der Länder und der Sozialversicherungsträger zuzuschreiben, und nur in ganz geringem Maße dem Bund.

Während der Anteil des Bundes an den Gesamtausgaben in den Jahren 1960 - 1974 um fast 20 % von 53,4 % auf 43,2 % zurückging, ist derjenige der Länder von 8 % um fast 50 % auf 11,9 % gestiegen. Der Anteil der Sozialversicherungen ist von 19,6 % auf 23,2 % gestiegen. Anteilszunahmen verzeichnen auch die Gemeinden und Wien.

Für die Folgejahre 1975 - 1977 liegt zwar noch kein endgültiges Zahlenmaterial vor. Durch die Tatsache, daß der Bund die Hauptlast der Rezessionsbekämpfung getragen hat, ist jedoch anzunehmen, daß dieser Trend zur Dezentralisierung unterbrochen wurde. Auch anhand der Verschuldungsziffern läßt sich dies untermauern: Hatte der Bund seine Verschuldung im Zeitraum 1970 - 1974 von 46,3 % des Budgetvolumens auf 36,7 % gesenkt, so erhöhte sich diese 1975 sprunghaft auf 51 %. Die Länder dagegen senkten den Verschuldungsanteil an den ordentlichen Ausgaben von 19 % im Jahr 1970 auf 13,5 % in 1974 und wiesen 1975 nur eine leichte Steigerung auf 15 % aus.

Während damit der Verschuldungsanteil der Länder 1975 um 4 %-Punkte unter dem Wert des Jahres 1970 lag, war die Verschuldung des Bundes 1975 um 5 %-Punkte höher als 1970.

Ein weiteres Problem der Nachfragesteuerung stellt die unterschiedliche Struktur der Ausgaben dar.

Beim Bund entfallen rund 60 % der Ausgaben auf Personalaufwand und Transfers an private Haushalte, bei den Ländern hingegen nur knapp 30 % und bei den Gemeinden 25 %. Der Anteil der Ausgaben für Investitionen, Investitionsförderung und laufende Käufe von Gütern beträgt hingegen bei Ländern und Gemeinden jeweils rund die Hälfte der gesamten Ausgaben, beim Bund nur ein Viertel.

Aus der unterschiedlichen Struktur läßt sich erkennen, daß die Ausgaben der Länder und Gemeinden nachfragewirksamer sind als jene des Bundes. Wenn man außerdem berücksichtigt, daß sich die Ausgaben wieder stärker zu Ländern und Gemeinden hinverschieben, wird bei mangelnder Koordinierung die Wirksamkeit des Bundeshaushaltes in der Konjunkturstabilisierung beeinträchtigt.

Meine Damen und Herren!

Die weltweite Rezession 1975 war mehr als ein nur vorübergehender Konjunkturunbruch, sie markierte einen Wendepunkt in der wirtschaftlichen Entwicklung der westlichen Industrieländer. Der seit mehr als drei Jahrzehnten gewohnte Wachstumspfad der Weltwirtschaft wurde nach unten gedrückt und er wird künftig weniger

steil sein als in der Vergangenheit. Die nicht nur vorübergehende Verlangsamung des Wirtschaftswachstums belastet die Ausgabenwirtschaft der öffentlichen Haushalte in doppelter Weise:

Einmal passen sich die Anforderungen an die öffentliche Hand nur mit einer erheblichen zeitlichen Verzögerung dem geringeren Wirtschaftswachstum an. Zum anderen nimmt der Aufwand für den Schuldendienst überproportional zu, weil zusätzlichen Schulden nicht mehr im gleichen Maße wie bisher Mehreinnahmen gegenüberstehen (die Schuldenquote steigt) und mit dem Abklingen der Inflation zumindest zeitweilig hohe Realzinssätze verbunden sind.

Den Bemühungen, die Probleme der Ausgabenwirtschaft durch Mehreinnahmen zu lösen, sind verhältnismäßig enge Grenzen gesetzt. Die Aufkommenselastizität des Steuersystems hat abnehmende Tendenz und die Einführung neuer Steuern oder die Erhöhung der Sätze bestehender Steuern stößt auf einen zunehmenden Steuerwiderstand.

Die durch die Rezessionsbekämpfung hervorgerufenen höheren Schulden führen zu einer gestiegenen Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte. Abgesehen von der Verteilungsproblematik der Staats-



schuld ist dabei zu beachten, daß die Flexibilität der öffentlichen Haushalte dadurch stark beeinträchtigt wird und Mittel für andere Zwecke nicht mehr zur Verfügung stehen.

Lassen Sie mich das am Beispiel Österreichs kurz darstellen:

Zwar scheint die Steuer- und Sozialbelastung laut volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung in den letzten Jahren noch zugenommen zu haben: Sie dürfte 1978 39,5 % erreichen gegen 37,6 % im Jahr 1972 und 35,6 % im Jahr 1966. Die Zunahme zwischen 1972 und 1978 geht jedoch fast ausschließlich darauf zurück, daß die Technik der Spar- und Familienförderung geändert wurde (Beihilfen und Zuschüsse statt Steuerabzüge). Berücksichtigt man die Systemänderungen, so ist die globale Steuer- und Sozialquote 1978 trotz verschiedenen zusätzlichen steuerlichen Belastungen nur etwa gleich hoch wie 1972.

Noch deutlicher kommt die Stagnation der Aufkommenselastizität in den öffentlichen Abgaben im engeren Sinne (ohne steuerähnliche Einnahmen und Sozialabgaben) zum Ausdruck. Ihr Anteil am Bruttonationalprodukt blieb in den letzten 10 Jahren konstant; sie finanzieren zur Zeit nur noch 58 % der Gesamtausgaben der öffentlichen Haushalte gegen 71 % 1966.

Wie immer man die Möglichkeiten der Finanzpolitik einschätzen mag, zusätzliche Einnahmenquellen zu erschließen: Die "goldenen" Fünfziger und Sechziger Jahre sind vorüber, in denen ein kräftiges Wirtschaftswachstum und eine ziemlich stetige und nahezu "geräuschlose" Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Steuerquote den öffentlichen Haushalten einen kräftig steigenden Einnahmenstrom sicherte.

Vor allem scheint es so, daß einer Erhöhung der direkten Steuern Grenzen gesetzt sind. Zunehmender Schwerpunkt wird also den indirekten Steuern in Hinkunft zukommen.

Diese Entwicklung war allerdings lange Zeit umstritten.

Gestatten Sie, daß ich in diesem Zusammenhang die Ansicht Pitt des Jüngeren - mit 23 Jahren der jüngste Schatzkanzler der Geschichte - wiedergebe, der zur Situation vor rund 200 Jahren meinte: "Mit den indirekten Steuern wird den Armen das Geld aus der Tasche gezogen."

Was damals richtig war, ist heute in Zeiten allgemein hohen materiellen Wohlstandes und eines dichten Netzes sozialer Sicherheit nur mehr bedingt anwendbar. Direkte Steuern haben ihre Funktion, aber auch ihre Grenzen. Sozial differenzierte, indirekte Steuern und Kostenbeiträge für konkret beanspruchte Leistungen erscheinen bei der Fülle der öffentlichen Aufgaben

ebenso berechtigt, die notwendigen Finanzierungsmittel aufzubringen.

Ich erinnere dabei an Bent Hansen, der in seiner "Economic Theory of Fiscal Policy" den Nachweis erbrachte, daß eine Verschiebung von direkten zu indirekten Steuern nicht notwendigerweise zu einer stärkeren Belastung der einkommensschwächeren Bevölkerungsteile führt.

Diese steuerpolitischen Maxime verlangen heute mehr denn je Beachtung, vor allem, wenn man an die Wirkung denkt, die die Nichtbeachtung hervorrufen kann:

Der Glistrup-Effekt in Dänemark findet sein Gegenstück in der "Proposition 13" der kalifornischen Steuerzahler und in der Bundesrepublik Deutschland in der Bewegung um Fredersdorfer. Aber schon die Bibel schreibt über die manchmal irreversiblen Konsequenzen:

"Und da König Rehabeam hinsandte Adoram, seinen Rentmeister, warf ihn ganz Israel mit Steinen zu Tode!"

Meine Damen und Herren!

Die historisch gewachsenen Steuersysteme in den einzelnen Staaten stehen in stärker werdenden Widerspruch zu den inzwischen eingetretenen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen.

Als Folge davon zeigt sich daher in allen Staaten ein in sich widersprüchliches, nicht mehr zeitgemäßes und reformbedürftiges Steuersystem. Für Österreich äußert sich dies z.B. darin, daß zwar ein sehr hoher Grenzsteuersatz besteht, der de facto auf Grund der vielen Ausnahmen und Begünstigungen jedoch nicht zum tragen kommt. Aufgabe der Steuerpolitik muß es daher sein, im Rahmen einer großen Lösung eine Entzerrung dieser ungünstigen Optik zu erreichen.

So bestechend die Aufgabe nach einfacheren und übersichtlicheren Steuergesetzen ist, so können wir allerdings nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß die Kompliziertheit unseres gesellschaftlichen und politischen Zusammenlebens und die Forderung nach größtmöglicher Steuergerechtigkeit einfache Gesetze nicht zulassen. Walter Wittman stellt außerdem fest: "Die inzwischen stark erhöhte Zahl der Funktionen der Besteuerung hat die möglichen und tatsächlichen Zielkonflikte entscheidend vermehrt. Dadurch wird eine zielgerechte rationale Besteuerung erheblich erschwert."

Die schwierige Lage, in denen sich die öffentlichen Haushalte befinden, darf jedoch nicht zu einem Rückfall in einem reinen "Fiskalismus" und zur Preisgabe der gesamtwirtschaftlichen Steuerungsaufgaben der öffentlichen Haushalte führen.

Wenn anerkannt ist, daß mit einer höheren Steuerquote die Beeinflussung wirtschaftlicher Abläufe gestiegen ist, ergibt sich daraus die Verpflichtung des Staates, das heißt aller öffentlichen Einrichtungen, der Größe der Finanzmasse entsprechend, diese als wirtschaftspolitisches Instrument einzusetzen.

Dabei befinden wir uns aber in einer Dilemmasituation zwischen stetig steigenden Ansprüchen an die Gemeinschaft und abnehmender Finanzierungskapazität eben dieser Gemeinschaft. Eine Antwort darauf kann im Zeichen stark gestiegener privater Einkommen nur sein, gewisse Transferausgaben aus dem Budget tendenziell zu verringern. Dies aus zumindest drei Gründen:

1) Die Umverteilung findet, schichtenspezifisch gesprochen, aus dem unteren und oberen Einkommensbereich zugunsten der mittleren Einkommen statt.

2) Gleichzeitig verteilen wir bereits teilweise im Bereich der mittleren Einkommen, ohne daß es notwendigerweise zu einer Umverteilung kommt.

Anders formuliert:

Wir nehmen aus einer Tasche heraus, was wir in die andere hineingeben.

Gemeinsam mit dem unter Punkt 1 besprochenen Problem kommt es

3) zu politischen Schwierigkeiten, weil diese Art nicht notwendigerweise Zufriedenheit auslöst.

Meine Damen und Herren!

Durch die Problematik zwischen nominellen Einkommenssteigerungen und sich verschärfender Progression muß die Steuerpolitik in gewissen Zeitabständen eine Tarifsenkung durchführen. So verständlich der Wunsch nach einem möglichst geringen Zeitabstand und einer möglichst hohen Tarifsenkung ist, so sehr müssen jedoch die Konsequenzen für die öffentlichen Haushalte und die wirtschaftspolitische Lage miteinbezogen werden.

In theoretischen Modellen wird bekanntlich der Einkommensteuerkraft ihres progressiven Tarifes in Zeiten einer Hochkonjunktur mit Vollbeschäftigung und entsprechend hohen Masseneinkommen die Wirkung zugesprochen, Kaufkraft abzuschöpfen um damit inflationären Tendenzen entgegenzuwirken.

In Zeiten der Rezession hingegen, wo es nur zu geringen Einkommenserhöhungen kommt, tritt eine progressiv geringere Steuerbelastung ein, sodaß die gewünschte Einkommensverwendung für Konsum oder Investitionen nur wenig beschnitten wird und den Konjunkturaufschwung unterstützt.

Dieser theoretischen Konzeption stehen jedoch die praktischen Erfahrungen der zuletzt durchgeführten Steuersenkungen gegenüber. Trotz eines Wachstumsrückgangs kam es zu einer überproportionalen Realloohnerhöhung.

Durch die im Jahr 1975 durchgeführte Lohnsteuersenkung und Erhöhung der Familienbeihilfen konnte mit einer Erhöhung der verfügbaren Einkommen um rund 11 Mrd S gerechnet werden. Entgegen den Erwartungen wurden aber die zusätzlichen Einkommen nicht für den Konsum verwendet, sondern auf Grund der unsicheren Wirtschaftserwartungen auf Sparkonten gelegt. Anstelle der Konjunkturankurbelung kam es zu einem Sparboom, der die deflatorischen Tendenzen verschärfte.

Im Unternehmensbereich wiederum zeigt sich, daß weder Förderungsmaßnahmen noch die Senkung der Einkommenssteuer ein vollwertiger Ersatz für Absatz- und Ertragserwartungen sein können.

Aus einer Senkung der Lohn- und Einkommenssteuer kann auch derzeit nur eine geringe Wirkung auf die Sicherung der Arbeitsplätze erwartet werden. Ein Teil der aus der Steuersenkung freiwerdenden Einkommen wird gespart, ein Teil für Importwaren verwendet und der Rest entfällt auf Nachfrage nach inländischen Produkten. Demgegenüber kommt jeder Schilling, der aus den öffentlichen Haushalten für Investitionen und die Investitionsförderung verwendet wird, direkt der inländischen Wirtschaft zugute.

Folgende Rechnung läßt sich aufstellen:

Von 1000 Schilling zusätzlichen Einkommen, die im Rahmen einer Steuersenkung frei werden, würden rund 350 Schilling gespart werden. Von den verbleibenden 650 Schilling wiederum müßte gerechnet werden, daß rund 50 %, also 325 Schilling, für eine importorientierte Konsumnachfrage verwendet werden, sodaß nur 325 Schilling für eine inlandswirksame Nachfrage verbleiben.

Demgegenüber würden 1000 Schilling aus dem öffentlichen Ausgabenprogramm über einen Multiplikatoreffekt mit rund 1.500 S inlandwirksam werden. Gegenüber dem wirtschaftsstimulierenden Effekt einer Steuersenkung von 300 S steht demnach der 5mal so große Wirkungsgrad eines öffentlichen Ausgabenprogramms.

Für Österreich gewinnt die Frage der Steuersenkung durch die außenwirtschaftliche Situation eine besondere Bedeutung. Die Passivierungstendenz der österreichischen Leistungsbilanz ergibt sich nicht zuletzt aus einem stark importorientierten Konsum. Die Forderungen nach einer Steuersenkung stehen damit in direktem Widerspruch zu den Bemühungen, über eine Eindämmung der Importflut eine ausgeglichene Leistungsbilanz zu erreichen.



Die problematische Situation zwischen den Wünschen nach Steuersenkung auf der einen Seite und Forderungen nach staatlichen Ausgaben für die Bevölkerung auf der anderen Seite hat der britische Premierminister Callaghan kürzlich bei einer Anfragebeantwortung treffenderweise so ausgedrückt: "There's more to life than tax cuts. People want stereos, yes, but they want schools. They need holidays but they must have a home. They need trains as well as they need cars."

Meine Damen und Herren!

Der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen stellt in seiner Budgetvorschau bis 1982 fest, daß in einem stark außenhandelsabhängigen Land wie Österreich beschäftigungspolitisch motivierte Defizite im öffentlichen Sektor zu einer Vergrößerung des Leistungsbilanzdefizits führen. Weiters führt er aus, daß eine Verbesserung der Leistungsbilanz auch durch eine Reduktion der Budgetdefizite unterstützt werden muß.

In diesem Zusammenhang will ich aber nicht unerwähnt lassen, daß im heurigen Jahr eine signifikante Verbesserung der Leistungsbilanz bei gleichzeitiger Verschlechterung des Budgetdefizits eintreten wird. Dafür gibt es eine Reihe von Gründen, die einmal u.a. in den Vorzieheffekten, zum anderen in den Nachwirkungen derselben zu suchen sind.

Insbesondere hat aber die Wirtschaftslage, die sich beim Wachstum schwächer, bei den Preissteigerungen besser als erwartet entwickelte, importdämpfend, also Leistungsbilanzverbessernd gewirkt, während sich die gleiche schwache Konjunkturlage auch in einem geringeren Umsatzsteueraufkommen = weniger Einnahmen, und die gesunkene Inflation in kleineren Einkommenszuwächsen auswirken. Dies ist zwar wettbewerbspolitisch von Vorteil, bewirkt aber über die gesunkene Bemessungsgrundlage für die Sozialversicherung höhere Zuschüsse des Bundes, ist also ausgabenerhöhend.

Die Schlußfolgerungen daraus lassen Sie mich folgendermaßen zusammenfassen.

Ebensowenig, wie mechanisch die Phillips-Kurve stimmt, stimmt der von Böhm-Bawerk so drastisch dargestellte Zusammenhang zwischen Budget - und - Zahlungsbilanzdefizit. Um nicht mißverstanden zu werden:

Es ist keineswegs so, daß kein Zusammenhang bestünde, sondern vielmehr meine ich, daß die Wirtschaft viel zu kompliziert ist, als daß monokausale Erklärungen für die auftretenden Erscheinungen zur Lösung genügen.

Es müssen daher immer wieder viel komplexere Antworten auf komplexere Fragen gefunden werden. Nimmt man die historischen Entwicklungen, strukturellen Komponenten, politischer Gegebenheiten und sozialpsychologischen Verhaltensweisen, so kann unter den gegebenen Bedingungen einmal eine Maßnahme richtig, ein anderes Mal hingegen wenig zielführend sein.

Meine Damen und Herren!

Eine Frage, die mit sinkender Inflationsrate zwar an Bedeutung verloren hat, soll in diesem Rahmen trotzdem nicht unbeantwortet bleiben, nämlich, der Staat sei Inflationsgewinner.

Das Gegenteil ist richtig.

Leider ist es aber auch nicht so, daß der Staat bei gegenläufiger Entwicklung Stabilitätsgewinner ist. Dies aus mehreren Gründen:

- 1) Die Reagibilität auf schwächere Preissteigerungsraten ist auf der Ausgabenseite geringer als bei den Einnahmen, weil die Einnahmen rascher zurückbleiben, während die Ausgaben automatisch weiterschieben.
- 2) Dazu kommt, daß bei geringerem Wachstum allenfalls konjunkturstimulierende Ausgabenprogramme aus beschäftigungspolitischen und aus Gründen der Kapazitätsauslastung notwendig sind.

Daher werden

- 3) die Budgets künftiger Jahre aus Gründen des Deficit-spending und der daraus resultierenden Zinsbelastung eingeengt.

Meine Damen und Herren!

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einen Problemkreis anschnitten, der in Hinkunft zunehmend Bedeutung erlangen wird:

Die gestiegenen Einkommen der Bevölkerung und die weitgehende Sättigung ihrer grundlegenden Bedürfnisse läßt erwarten, daß die marginale Sparquote steigt.

In Anbetracht der weltweiten Unsicherheiten und mangelnden Zuversicht der Wirtschaft in die zukünftige Entwicklung ist zu befürchten, daß die Investitionen nicht mehr in dem Maße getätigt werden, wie noch zu Beginn dieses Jahrzehnts.

Da die öffentlichen Hände, zumindest die Zentralhaushalte, durch die Rezessionsbekämpfung ihre Verschuldungsgrenze bereits weit nach oben verschoben haben, ist der öffentliche Kreditspielraum weitgehend eingeengt.

Das bedeutet daher, daß die den Banken gegebenen Spargelder nicht oder nur in geringem Maße veranlagt werden können und die Kosten dafür steigen.

Es bedeutet aber auch, daß wesentliche öffentliche und private Investitionen unterbleiben, und daraus eine zukünftige Wachstumsverlangsamung resultieren kann.

Meine Damen und Herren!

Lassen Sie mich zusammenfassen und zum Schluß kommen:

Den öffentlichen Haushalten kommt in ihrer Steuerungsfunktion nach wie vor eine zentrale Stellung in der Wirtschaftspolitik zu, wenngleich sich der Glaube an die Machbarkeit der Konjunktur als Illusion gezeigt hat. Wesentliche Beschränkungen erfahren die Budgets durch den föderativen Charakter eines Bundesstaates, steuerpolitische Maximen und steuerpsychologische Grenzen, bei deren Überschreiten irreversible Konsequenzen zu gewärtigen sind.